

Das Militär verdient Gehör

In der Debatte über den Afghanistaneinsatz fehlt es oft an militärischem Sachverstand. Daher sollten sich Soldaten häufiger zu Wort melden – und auch mal Widerspruch wagen **VON THOMAS RID UND MARTIN ZAPFE**

Die Bundeswehr steht im politischen Gefecht. Die Meldungen aus Afghanistan sowie die Kundus-Debatte haben das Verhältnis von militärischer und politischer Führung ins Scheinwerferlicht gerückt. Sind die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland dem Afghanistaneinsatz angemessen?

Die deutsche Haltung zum Einsatz militärischer Gewalt ist aus historischen Gründen besonders sensibel: Die Politik allein definiert das nationale Interesse und die Aufgaben der Streitkräfte, nicht Soldaten. Das Militär bleibt also immer Instrument. Es kann nichts anderes sein. Aber das Instrument agiert nicht immer militärisch.

Der Einsatz in Afghanistan – ein Allgemeinplatz – kann nun mal mit militärischen Mitteln allein nicht gewonnen werden. „Vernetzte Sicherheit“ und „Aufstandsbekämpfung“, wie man in Washington und London lieber sagt, haben genau dies gemeinsam: Zivile Mittel und militärische Mittel sollen nun ineinandergreifen und sich pragmatisch ergänzen. Soldaten in einem solchen Einsatz arbeiten ganz selbstverständlich in enger Abstimmung mit zivilen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Die Operationsführung im Einsatzland ist politisch geworden.

Die unterschiedlichen Zuständigkeiten verschärfen die Spannung. Nominell hat das Auswärtige Amt die Federführung für die deutsche Afghanistanpolitik. Die Gesamtmision der Bundeswehr am Hindukusch wird aber in der Praxis vom Verteidigungsministerium ge-

führt. Die Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) in Kundus und Faisabad, Aushängeschilder des vernetzten deutschen Ansatzes, werden von einer zivil-militärischen Doppelspitze geleitet. Aber das für beide PRTs und den gesamten Norden Afghanistans zuständige Regionalkommando untersteht einem deutschen Brigadegeneral. Dessen Befehlswege enden beim Verteidigungsministerium in Berlin, im Isaf-Hauptquartier in Kabul sowie im Nato-Hauptquartier im belgischen Mons. Permanentes politisches Kompetenzgerangel ist die Folge.

Die Kundus-Affäre hat die Situation eskaliert. Nach dem 4. September 2009 – als Oberst Klein auf einen Tanklaster nahe Kundus feuern ließ und dabei auch Zivilisten starben – sind Offiziere noch zurückhaltender geworden, im Feld wie zu Haus.

In Afghanistan ist jeder Einsatz der Bundeswehr zum Schutz der Bevölkerung und der Aufbauprojekte notwendigerweise politisch. Wer dem Militär in dieser Situation aus Angst vor der Verkündung unbequemer Wahrheiten die Stimme versagt, der verkennt die Notwendigkeiten vieler heutiger Einsätze. Das gilt gerade für ranghohe Offiziere, die sich aus Angst vor Konsequenzen selbst zensieren.

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat zwar angefangen, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Hohe deutsche Offiziere tun dies aber oft nur, wenn Sie in sicherem Abstand

von Berlin bei der Nato dienen. Die Folgen sind unglücklich. Im Gegensatz zum ausführlichen Evaluationsprozess von US-Präsident Barack Obama konzentrierte sich die deutsche Debatte vor der Londoner Afghanistankonferenz überwiegend auf die deutsche Innenpolitik, nicht auf eine notwendige Analyse der Lage im Norden Afghanistans. Unstrittige und leicht kommunizierbare Aspekte wurden daher betont: eine Verdoppelung der Gelder für den zivilen Aufbau und mehr Ausbildung. Das Resultat der fehlenden

Debatte: Die Zahl von 850 Soldaten, die nun zusätzlich nach Afghanistan entsandt werden können, wurde von der politischen Führung auf undurchsichtige Weise festgelegt, womöglich will-

kürlich. Im schlimmsten Fall könnte so ein erfolgreicher deutscher Beitrag zur Isaf-Mission behindert werden. Eine strategisch fundierte Evaluation der Bundesregierung liegt der Entscheidung nicht zugrunde.

Eine hochpolitische Situation in Berlin stand also einer ehrlichen militärstrategischen Bewertung im Wege. Was wurde bisher erreicht? Welche militärischen Probleme stellen sich? Was soll daher, in welchem Zeitraum, neuer Einsatzschwerpunkt sein? Und schließlich: Welche Truppenzahl mit welchen Mitteln ist notwendig, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Eine Debatte findet zwar statt, im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und im Kanz-

leramt. Aber nicht öffentlich. Würde sich die Generalität häufiger öffentlich zu Wort melden, womöglich auch im vorsichtigen Widerspruch zu Politikern, so verließ die Bundeswehr keineswegs die ihr zugewiesene Sphäre.

Natürlich ist dies eine Gratwanderung. Die Regierung und Bundestag haben das Recht auf einen privilegierten Zugang zu militärischem Rat. Und die Bundeswehr entscheidet nicht selber über ihre Einsätze, sondern wird eingesetzt. Doch wer „vernetzte Sicherheit“ fordert, der fordert gleichzeitig mehr politischen und militärischen Sachverstand in der demokratischen Debatte. Nur so kann verhindert werden, dass die öffentliche Unterstützung für den Einsatz noch weiter abrutscht.

Das Instrument Militär ist nicht mehr nur stumpfer Hammer, sondern ein scharfes Allzwecktaschenmesser. Soldaten müssen alles können: kämpfen, aufbauen, verhandeln. Das bleibt jedoch schwierig für eine Organisation, die dazu nicht ausgebildet wurde. Aber um als Allzweckwerkzeug zu funktionieren, braucht die Bundeswehr scharfsinnige – und manchmal scharfzüngige – Offiziere, die risikobereit sind und improvisieren können. Der Wetzstein für dieses Allzweckmesser kann nur die öffentliche Debatte sein. Und die braucht den Sachverstand der Soldaten.

THOMAS RID und **MARTIN ZAPFE** arbeiten im Projekt „Transformation der Bundeswehr“ bei der Stiftung Neue Verantwortung, einem überparteilichen Thinktank in Berlin.

Berlin geht es mehr um deutsche Innenpolitik als um die Lage im Land